

Wahlauf Ruf

der Deutschnationalen Volkspartei.

Richtlinien für unsere politische Arbeit.

I. Volk und Staat.

1. Nur ein starkes deutsches **Volkstum**, das Art und Wesen bewußt wahrt und sich von fremden Einfluß frei hält, kann die zuverlässige Grundlage eines starken deutschen Staats sein.
2. Der deutsche Staat muß eine **gleichberechtigte Stellung** im Staatsleben der Welt wiedergewinnen und festhalten. Dazu fordern wir eine zielbewußte, von einem einheitlichen festen Willen geführte **auswärtige Politik**, die jede Zersplitterung unserer außerpolitischen und weltwirtschaftlichen Interessen vermeidet, und die gründliche Reform des deutschen auswärtigen Dienstes, der nur den besten Köpfen ohne Rücksicht auf Namen, Vermögen und Parteistellung anvertraut werden darf. Wir bekämpfen jede unwürdige Behandlung oder Zurücksetzung von Angehörigen des Heeres und der Marine. Die Fürsorge für die **Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen** ist ebenso wie die rechtliche und wirtschaftliche Sicherstellung der Militärpersonen und der Pensionäre eine Ehrenpflicht des Reiches.
3. Die gegebene Verfassung für den deutschen Staat ist nunmehr die **parlamentarische Regierungsform**, getragen vom Vertrauen der Mehrheit seiner Bürger und ruhend auf dem gleichen Wahlrecht. Wir begrüßen die deutsche **Frau** als ein in jeder Beziehung zur Mitarbeit am öffentlichen Leben gleichberechtigtes Mitglied. Die **Verwaltung** ist zu vereinfachen und in sozialem Geiste zu führen. Die Ämter in Staat und Gemeinde sind nur nach der Befähigung zu besetzen. Wir treten für eine freiheitliche Gestaltung der **Gemeindeverfassung** unter Berücksichtigung der großen Berufsgruppen ein.
4. Eine planmäßige und opferbereite **Bevölkerungspolitik** muß unser Volkstum gesund und wachstumsfähig erhalten. Die wichtigsten Mittel dazu sind eine umfassende **Siedlungspolitik** auf dem platten Lande, die neues Bauernland und Möglichkeiten eigener Wirtschaft für die Landarbeiter schafft und für die auch Großgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Privaten in angemessenem Umfang gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen ist; grundlegende Beseitigung der **Wohnungsnot**, planmäßige Schaffung von **Heimstätten** für alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für unsere heimkehrenden Krieger.

II. Religiöse und sittliche Mächte des Volkslebens.

1. Die starke Lebenskraft des **Christentums** muß unserem Staats- und Volksleben erhalten bleiben und es durchdringen. Sie muß durch den Religionsunterricht dem heranwachsenden Geschlecht zugeführt werden. Für jede religiöse Empfindung, jede kirchliche Einrichtung und jede Religionsgemeinschaft ist Achtung und Schonung zu fordern. Unter allen Umständen muß für die innere Freiheit und für eine rechtlich gewährleistete Stellung der Kirchen und ihrer Diener, sowie für eine Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz und ihrer wohlverworbenen Rechte Sorge getragen werden.
2. Deutsche **Sitte** muß in Ehe und Familie kraftvoll und lebendig bleiben. Zur Mitarbeit für dieses erste Gebot unserer nationalen Zukunft, für die religiöse und sittliche Erziehung des heranwachsenden Geschlechtes rechnen wir vor allem auf die bewährte und opferbereite **Arbeit der deutschen Frau**. Sie wird sich in dem Kampf gegen sittliche Gefahren und Alkoholmißbrauch führend zu betätigen haben.

III. Geistiges Leben.

1. Die geistigen Werte der Güter der Nation verständnisvoll zu pflegen, ist eine Hauptaufgabe deutscher Zukunft. Freiheit der Person und des Gewissens, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit von Kunst und Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzulegen. Die geistig arbeitenden Berufe sind vor der Gefahr der Proletarisierung zu schützen.
2. Die **Schule** muß die Charakterbildung und die nationale Erziehung auf religiöser Grundlage in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Die Schulaufsicht muß in den Händen von Schulfachkundigen liegen. Weitgehende Fürsorge namentlich für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes, aber auch für alle anderen Schulgattungen und Einrichtungen der allgemeinen Volksbildung ist dazu notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Schule ist auch wirtschaftlich zu erleichtern.

IV. Wirtschaft.

1. Das **Privateigentum**, die Privatwirtschaft, Erwerbsinn und Unternehmungsgeist müssen grundsätzlich die Grundlage unserer wirtschaftlichen Arbeit bleiben, die wir gegen jeden offenen und versteckten Kommunismus verteidigen. Wo dem sozialen Interesse die Ueberführung der Privatwirtschaft in die gemeinwirtschaftliche Betriebsform der Genossenschaft, der Gemeinde oder des Staates geboten ist, treten wir dafür ein, fordern aber ihre sachgemäße und sachmännliche Durchführung.
2. Wir bekämpfen die Auswüchse eines international gerichteten **Großkapitalismus**. Die im Kriege geschaffene **staatliche Zwangswirtschaft** ist abzubauen, die **Kriegsgesellschaften** sind alsbald aufzulösen.
3. Der durch den Krieg schwer geschädigte **Mittelstand** bedarf zu seiner Wiederaufrichtung einer pfeilschnellen staatlichen Fürsorge. Alle nationale Arbeit in **Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr** muß Schutz und Förderung finden. Die **Sozialpolitik** ist fortzusetzen, die **Arbeiter- und Angestellten-Gesetzgebung** ist auszubauen. Insbesondere sind der Schutz und das Recht der **Landarbeiter** zurecht zu ordnen. Die Berufsverbände und Gewerkschaften sind gesetzlich anzuerkennen. Den **erwerbstätigen Frauen** ist weitestgehender Schutz in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung zu gewähren; die **Heimarbeit** ist auf gesunde Grundlage zu stellen. Die Existenz der **Beamten, Geistlichen, Lehrer, Militärpersonen und Pensionäre** muß rechtlich und wirtschaftlich gesichert sein. Das **Koalitionsrecht** ist gesetzlich und in neuem Geiste zu gestalten.
4. Eine planmäßige **Finanzpolitik** hat das öffentliche Abgabensystem nach den Grundsätzen der Tragfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit zu ordnen. In dem einheitlich auszubauenden Steuersystem sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen in ausgedehntem Maße heranzuziehen, aber unter schonender Behandlung der volkswirtschaftlich produktiven Arbeit. Die **Kriegsanleihen** müssen sichergestellt, die wirklichen **Kriegsgewinne** auf das schärfste erfaßt werden.
5. Ein lebensfähiger **Kolonialbesitz** ist zur Ergänzung seiner heimischen Wirtschaft dem deutschen Volke unbedingt notwendig.

Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei.

Staatsminister **Bergt-Wernigerode**, Vorsitzender. Geh. Justizrat **Dietrich-Brenslau**. Landgerichtsrat **Eckhoff-Fromberg**. Generalsekretär des Gesamtverbandes evangel. Arbeitervereine **Waldbaum-Berlin**. Professor **Dr. Werner-Bugbach** (Hessen). Vorsitzende des Gewerkevereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands **Margarete Schumacher-Berlin**. Zeitungsverleger **Gräf-Anklam**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Unsere Kandidatenliste für die preussische Landesversammlung beginnt mit den Namen

1. **Dr. Karl Ritter**, Pfarrer-Niederwehren,
2. Schriftsteller **Ludwig Werner**-Niederkaufungen und Berlin-Schöneberg,
3. Lokomotivführer **Friedrich Geck**-Cassel.

Wählt am Sonntag diese Liste!

Stimmzettel sind zu haben in unserer Auskunft Restaurant Gambrinus, Marktstraße 29, von 4-5 Uhr, in der Wartburg und Hotel Berg, Nikolaistraße, von 10-12 Uhr und 5-7 Uhr.

Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Wiesbaden.